



Spielt nicht mit den Europäischen Sozialstandards!

Eine dauerhafte Festschreibung des „Opt-out“ beim Arbeitsschutz wäre das Ende der Idee des ungeteilten Wirtschafts- und Sozialraums

Brüssel, 06. Dezember 2006

Die EUCDA wendet sich mit Blick auf den Sozialschutz in Europa gegen ein „Europa à la Carte“. Es kann nicht sein, dass die Regelungen des Binnenmarktes für alle Länder und Wirtschaftsbereiche gelten sollen, beim Sozialschutz bestimmte Länder aber auf Ausnahmeregelungen (Opt out) für sich bestehen. Bestes Beispiel hierfür ist die Arbeitszeitrichtlinie.

Die EUCDA fordert daher die deutsche Ratspräsidentschaft, insbesondere den deutschen Arbeitsminister auf, **für einen ungeteilten europäischen Sozialraum** einzutreten. Überall, wo die Regeln des Binnenmarkts gelten, müssen auch die europäischen Sozialstandards gelten.

Ein Abrücken von dem Grundsatz, dass Wirtschaft und Soziales Hand in Hand gehen müssen wird unweigerlich ein Abrücken der Arbeitnehmer von dieser EU nach sich ziehen.

Von daher fordert die EUCDA die deutsche Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission auf, bei der Frage der **Arbeitszeitrichtlinie** nicht von den Grundsätzen abzuweichen, die das EU-Parlament festgelegt hat. **Ein Beibehalten des „Opt-out“ für einige Länder ist jedenfalls ein zu hoher Preis für einen Kompromiss.**

Die Europäische Union Christlich Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA) besteht aus 23 Arbeitnehmerorganisationen aus 17 Ländern und ist eine Vereinigung der Europäischen Volkspartei (EVP). Verantwortlich: Christoph Weißkirchen, Generalsekretär.

Tel 0032 2 285 4164, Fax 0032 2 285 4141, e-mail: euclidw@epp.eu, homepage: www.euclidw.org